

Erklärung von Freda Blau-Meissner zur österreichischen Integrationspolitik (23. März 1988)

Legende: Am 23. März 1988 warnt Freda Blau-Meissner, Fraktionsvorsitzende der Grünen im österreichischen Nationalrat, vor den Gefahren, die der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union darstellt.

Quelle: Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich. XVII.; 56. Sitzung. 23.3.1988. Wien.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_freda_blau_meissner_zur_osterreichischen_integrationspolitik_23_marz_1988-de-ee35b8ac-bb78-4983-8cd0-ddcaf52ce312.html

Publication date: 06/09/2012

Erklärung von Freda Blau-Meissner im Nationalrat zur österreichischen Integrationspolitik (23. März 1988)

Abgeordnete Freda Blau-Meissner (Grüne): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zweifel an der Lebensfähigkeit eines selbständigen Österreichs hat es schon immer gegeben, in unserer leidvollen Geschichte sehr oft zu unserem Nachteil.

Ich frage mich: Was soll diese Eile? Die Bundesregierung war bis heute nicht in der Lage — ich verstehe das sehr gut, weil es sich hierbei um eine außerordentlich komplizierte, diffizile Materie handelt —, uns einen Bericht darüber vorzulegen, in welchen Bereichen Österreich schwere Nachteile erleiden und in welchen Bereichen es Vorteile aufgrund eines EG-Beitritts erhalten würde. Ich glaube, ohne gründliche Bewertung der Chancen, der Vor- und Nachteile ist ein Hineindrängen in die EG unverantwortlich für unser Land — abgesehen von der neutralitätspolitischen Frage.

Was Österreich bevorstehen würde bei einem Vollbeitritt, das sollte wirklich eine ernste Warnung sein. Etwas, was uns am Herzen liegt bezüglich Umweltpolitik: Die EG-Gesetze bedeuten eindeutig mehr Schmutz als Schutz.

Gestern stand im „Kurier“: „Nach 40stündigen Beratungen erzielten die EG-Umweltminister keine Einigung über wichtigste Maßnahmen zum Schutz von Wasser und Luft vor Verschmutzung. So einigte sich die EG voriges Jahr auf Strahlengrenzwerte für Lebensmittel, die um ein Vielfaches höher liegen als die höchsten nach dem GAU von Tschernobyl.“

Zum Schutz der italienischen, französischen und englischen Autoindustrie wurden nach jahrelangen Verhandlungen und Streitereien Abgasgrenzwerte beschlossen, die hundertfach über den technisch möglichen liegen.

Um die europäische Großindustrie zu schützen, hat die EG bisher fast nichts unternommen, um Luftreinhaltegesetze zu erlassen.

Mayer-Tasch spricht nicht umsonst vom „grenzenlosen Versagen“ der internationalen Umweltpolitik.

Man rechnet mit einem großen Bauernsterben durch einen Vollbeitritt. Für 150 000 bis 200 000 österreichische Bauern würde dies das Aus bedeuten.

Am ernstesten ist aber ganz bestimmt die Frage der österreichischen Souveränität, was gewiß über die wirtschaftliche Integration hinausgeht und die außenpolitische und militärische miteinbezieht.

Da heißt es sehr vorsichtig formuliert in Artikel 30 Absatz 6 der Europäischen Einheitsakte — ich zitiere —: „... daß für eine engere Zusammenarbeit zu Fragen der europäischen Sicherheit geeignet ist, wesentlich zur Entwicklung einer außenpolitischen Identität Europas beizutragen“.

Ungeniert, völlig ungeniert, hat Dr. Karl-Heinz Narjes, der deutsche Vizepräsident der EG-Kommission, in einem Vortrag vor der Führungsakademie der Bundeswehr am 12. November 1987 in Hamburg gesagt: Wir sind unverändert entschlossen, die europäische Integration auch auf dem Gebiet der Sicherheit, sprich des Militärs, und der Verteidigung voranzutreiben und einen wirksamen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung des Westens zu leisten.

Sie alle haben wahrscheinlich im „profil“ das Interview mit Willy De Clercq gelesen, der auch ganz unverblümt sagt: Die EG-Verteidigungsgemeinschaft ist für mich eine Notwendigkeit.

Meine Damen und Herren! All das ist Grund genug, das Vorpreschen in die EG zu bremsen. Deshalb werde ich gegen den Fristsetzungsantrag stimmen. *(Beifall bei den Grünen.)*